

**Perspektivenkonferenz "Beschäftigung, Humanität und Innovation"  
am 12. und 13. Oktober 2003 in Magdeburg**

## **Magdeburger Erklärung**

### **Eine beschäftigungspolitische Trendwende in der TK-/IT-Branche ist überfällig**

Die Telekommunikations-, Datenverarbeitungs- und Informationstechnologiebranche behält beim Übergang in die Informations- und Wissensökonomie ihre zentrale Bedeutung für Wirtschaft und Beschäftigung. Unzweifelhaft besteht auch nach dem Ende der Illusionen und Übertreibungen der sogenannten "New Economy" ein großes Potenzial der Branche als Motor für Wachstum, Innovation und Arbeit. Es mehren sich die Anzeichen, dass sich die wirtschaftlichen Aussichten verbessern und die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Branche steigt. Um so verhängnisvoller ist es, wenn in vielen Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges nach wie vor rigide Kostensenkungs- und Personalabbauprogramme realisiert werden. Im Telekom Konzern sollen in den nächsten 3 Jahren beispielsweise 50.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Setzt keine beschäftigungspolitische Trendwende ein, werden auf mittlere Sicht einer wieder im Aufschwung stehenden Branche Wissensträger und Fachkräfte fehlen. Branchenspezifische und volkswirtschaftliche Wachstums- und Innovationspotenziale könnten verspielt werden, wenn der verhängnisvolle Kurs in diesem Schlüsselsektor nicht verlassen wird.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Perspektivenkonferenz "Beschäftigung, Humanität und Innovation" appellieren an Politik, Unternehmensvorstände, aber auch Betriebsräte und Funktionsträger von ver.di, gemeinsam an Alternativen zum Personalabbau in der Branche zu arbeiten und Brückenstrategien für die gegenwärtige wirtschaftliche Situation zu erstellen. Die Ansätze dafür sind vielfältig:

Beschäftigungspolitische Verantwortung muss zum Maßstab für Managementhandeln werden und der ebenso einseitigen wie ausschließlichen



Orientierung auf kurzfristige Gewinnmargen die Dominanz nehmen. Auch von der Politik müssen Impulse für eine beschäftigungs- und innovationspolitische Trendwende in der Branche ausgehen - nicht nur, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, sondern auch, um den Übergang in eine moderne und sozial gestaltete Wissens- und Informationsgesellschaft voranzubringen.

Gefordert sind Perspektiven für mehr Beschäftigung, mehr Qualifizierung, mehr humane Innovation, mehr Perspektiven durch beschäftigungsschaffende Arbeitszeitinitiativen und mehr Weitsicht in der unternehmerischen Planung.

Ein in Gang kommender Aufschwung muss durch die Schaffung von Arbeitsplätzen stabilisiert statt mit rigiden Konsolidierungs- und Personalabbauplänen unterlaufen werden. Deshalb fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz eine beschäftigungspolitische Trendwende. Sie sind der Überzeugung, dass die Trendwende mit einem Bündel von Maßnahmen verwirklicht werden kann. Dazu müssen staatliche Bemühungen, Initiativen der Tarifparteien und Maßnahmen der Betriebsräte ebenso zählen wie ein ebenso achtsames wie weitsichtiges und innovatives unternehmerisches Handeln.

Mit sozialverpflichtenden Innovationen, Humanisierung der Arbeitsplätze, modernen Arbeitszeitgestaltungen und Qualifizierung können beschäftigungspolitische und wirtschaftliche Perspektiven erschlossen werden.

Notwendig ist

- mit einem beschäftigungswirksamen Innovationswettbewerb einen Arbeitsplatz vernichtenden Kostenwettbewerb abzulösen,
- Innovationskreise und Runde Tische zur Innovation und Beschäftigung in allen Betrieben der Branchen einzurichten,
- ein beschäftigungswirksames Innovationskennziffersystem aufzubauen und
- Beschäftigte zu ermutigen, Innovationen in der Branche voranzutreiben, insbesondere durch die Kommunikation bereits erfolgreicher Innovationsbemühungen, die zu mehr Beschäftigung geführt haben.

Die Arbeitsbedingungen in der Branche müssen durch eine Senkung der Arbeitsdichte verbessert, durch faire Leistungsmaßstäbe entlastet, durch konsequente Arbeitsplatzanalysen geschützt und durch Initiativen von betrieblichen Interessenvertretungen zur Gestaltung der Arbeit ausgebaut werden. Wer es in Zeiten überproportionalen wirtschaftlichen Wachstums für adäquat hielt, die Arbeitsbedingungen des Personals hinter den wirtschaftlichen Erfolgsaussichten zurückzustellen, sollte sich in Zeiten niedrigerer Wachstumsraten den Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders verpflichtet fühlen. Deshalb fordern wir die Arbeitgeber auf, sich einer Initiative zur Wiederbelebung der Debatte um die Humanisierung der Arbeit zu stellen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Perspektivenkonferenz appellieren an die Entscheidungsträger für die Branche in Politik und Wirtschaft umzudenken und wollen mit einer arbeitszeitpolitischen Brückenstrategie ihren Beitrag dazu leisten. Sie regen an, auf einer Tarifpolitischen Konferenz des Fachbereichs die Bereitschaft zu erörtern, in beschäftigungspolitisch besonders negativ betroffenen Betrieben zeitbefristet die Wochenarbeitszeit mit nur begrenzter Entgeltwirkung zu

**verkürzen**, wenn gleichzeitig Beschäftigungswirkung nachgewiesen, der Ausschluss von betriebsbedingten Beendigungskündigungen durchgesetzt und Schritte zur Verwirklichung des Ziels der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich verabredet werden. Zu einer **Arbeitszeitinitiative, die Beschäftigungsperspektiven schafft**, zählen für die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer die Tarifierung der Projektarbeit und die Zweckbindung von Arbeitszeitkonten an positive Beschäftigungswirkungen.

Mit einer **Qualifizierungsoffensive** sollen global die **Chancen der deutschen Branchensegmente verbessert** und die **persönlichen Perspektiven der Beschäftigten ausgebaut** werden. Die Konferenz appelliert an die Unternehmen, transparente Personalentwicklungskonzepte und zukunftsgerichtete Weiterqualifizierungsmaßnahmen zu praktizieren und sich einer tarifpolitischen Absicherung von Weiterbildungsansprüchen nicht zu verschließen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz halten es für sinnvoll, Qualifizierungsberatung zur neuen gewerkschaftlichen Dienstleistung zu entwickeln und sich für die Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterbildung noch in dieser Legislaturperiode stark zu machen. Sie fordern von den Unternehmen der Branche in die Zukunft zu investieren und die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich über das gegenwärtig öffentlich erörterte Niveau hinaus zu erhöhen.

An ver.di wird der Appell gerichtet, die Inhalte des Perspektivenkonzeptes zum Thema der Gesamtorganisation zu machen.